
Vorsitz: Schweden

1305. PLENARSITZUNG DES RATES

1. Datum: Donnerstag, 11. März 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 12.40 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 18.00 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin U. Funered
Botschafter T. Lorentzson

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DES KOORDINATORS FÜR
WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVÄTEN
DER OSZE**

Vorsitz, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE (SEC.GAL/34/21 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/292/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/342/21), Aserbaidshan (PC.DEL/294/21 OSCE+), Türkei (PC.DEL/293/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/291/21), Schweiz (PC.DEL/321/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Armenien (PC.DEL/309/21 OSCE+), Georgien (PC.DEL/297/21 OSCE+), Belarus (PC.DEL/300/21 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/305/21 OSCE+), Kirgisistan, Ukraine (PC.DEL/350/21), Bosnien und Herzegowina (auch im Namen von Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien) (PC.DEL/295/21 OSCE+), Usbekistan, Liechtenstein (PC.DEL/290/21 OSCE+), Tadschikistan

Punkt 2 der Tagesordnung: INTERNATIONALER FRAUENTAG

Vorsitz (auch im Namen von Albanien und Polen), Sonderbeauftragte der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Genderfragen, Russische Föderation (PC.DEL/298/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/343/21), Kanada (PC.DEL/304/21 OSCE+), Türkei (PC.DEL/325/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/296/21), Schweiz (PC.DEL/322/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Armenien (PC.DEL/311/21), Belarus (PC.DEL/301/21 OSCE+), Lettland (auch im Namen von Andorra, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Georgien, Kanada, Liechtenstein, Litauen, Malta, der Mongolei, Norwegen, Portugal – Europäische Union, Rumänien, San Marino, Schweden, Serbien, Slowenien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) (Anhang 1), Belgien (PC.DEL/331/21), Norwegen (PC.DEL/299/21), Usbekistan, Aserbajdschan (PC.DEL/314/21 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Vorsitz

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine (PC.DEL/307/21), Vereinigtes Königreich, Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/345/21), Kanada (PC.DEL/324/21 OSCE+), Türkei (PC.DEL/327/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/306/21), Schweiz (PC.DEL/323/21 OSCE+)
- (b) *Die Lage in der Ukraine und die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen*: Russische Föderation (PC.DEL/312/21), Ukraine, Portugal – Europäische Union
- (c) *Die Aggression Aserbajdschans gegen Arzach und Armenien unter direkter Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpfer*: Armenien (Anhang 2)
- (d) *Verbesserung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit als Reaktion auf die Ausbreitung von COVID-19*: Russische Föderation (PC.DEL/313/21), Kirgisistan, Aserbajdschan (Anhang 3), Norwegen (auch im Namen von Island, Kanada, Liechtenstein und der Schweiz) (PC.DEL/329/19), Belarus (PC.DEL/318/21 OSCE+), Serbien (PC.DEL/319/21 OSCE+), Usbekistan, Portugal – Europäische Union, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/308/21), Kasachstan, Armenien, Tadschikistan, Vereinigtes Königreich

- (e) *Zu den jüngsten Entwicklungen in Belarus*: Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; sowie mit den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein) (PC.DEL/346/21), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/310/21), Norwegen (PC.DEL/328/21), Kanada, Belarus (PC.DEL/317/21 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Unterrichtung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch die Amtierende Vorsitzende am 10. März 2021 über Videokonferenz*: Vorsitz
- (b) *Besuch der Amtierenden Vorsitzenden in Armenien und Aserbaidschan am 15. und 16. März 2021*: Vorsitz
- (c) *Treffen der Amtierenden Vorsitzenden mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz am 10. März 2021 über Videokonferenz*: Vorsitz
- (d) *Treffen der Amtierenden Vorsitzenden der OSZE mit dem Direktor des Büros der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte am 9. März 2021 in Stockholm*: Vorsitz
- (e) *Unterrichtung über die monatlichen Schwerpunkte des schwedischen OSZE-Vorsitzes*: Vorsitz
- (f) *Treffen des Wirtschafts- und Umweltausschusses am 10. März 2021 über Videokonferenz*: Vorsitz
- (g) *Erstes Zusätzliches Treffen zur Menschlichen Dimension 2021 (über Medienfreiheit und Gleichstellung der Geschlechter) am 8. und 9. März 2021 über Videokonferenz*: Vorsitz
- (h) *Bestellung des Leiters des OSZE-Zentrums in Aschgabat*: Vorsitz
- (i) *Erneute Aufforderung zur Bewerbung um den Dienstposten des Leiters der OSZE-Mission in Montenegro*: Vorsitz

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *Jüngster Stand der COVID-19-Situation in den Durchführungsorganen der OSZE*: Generalsekretärin (SEC.GAL/36/21 OSCE+)
- (b) *Verlust eines unbemannten Langstreckenluftfahrzeugs der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine am 7. März 2021*: Generalsekretärin (SEC.GAL/36/21 OSCE+)

- (c) *Aktivitäten des OSZE-Sekretariats im Zusammenhang mit der Förderung der Beteiligung von Frauen am Sicherheitssektor: Generalsekretärin*
(SEC.GAL/36/21 OSCE+)
- (d) *Expertensitzung zum Thema Cyber-/IKT-Sicherheit, die von der Abteilung für grenzüberschreitende Bedrohungen des OSZE-Sekretariats als Videokonferenz veranstaltet und am 4. März 2021 abgehalten wurde: Generalsekretärin*
(SEC.GAL/36/21 OSCE+)

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

Überprüfung des Standes der Umsetzung der von Aserbaidtschan, Armenien und Russland unterzeichneten trilateralen Erklärung vom 10. November 2020: Aserbaidtschan (Anhang 4), Türkei (Anhang 5), Russische Föderation
(PC.DEL/320/21 OSCE+)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 18. März 2021, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

1305. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1305, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS
(AUCH IM NAMEN VON ANDORRA, BULGARIEN, DEUTSCHLAND,
FINNLAND, FRANKREICH, GEORGIEN, KANADA,
LIECHTENSTEIN, LITAUEN, MALTA, DER MONGOLEI,
NORWEGEN, PORTUGAL – EUROPÄISCHE UNION, RUMÄNIEN,
SAN MARINO, SCHWEDEN, SERBIEN, SLOWENIEN, DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen der Botschafterinnen und Vertreterinnen der folgenden Länder bei der OSZE abzugeben: Andorra, Bulgarien, Deutschland, Europäische Union, Finnland, Frankreich, Georgien, Kanada, Liechtenstein, Litauen, Malta, Mongolei, Norwegen, Rumänien, San Marino, Schweden, Serbien, Slowenien, Vereinigten Staaten von Amerika, Zypern sowie im Namen meines eigenen Landes Lettland.

Wir sprechen dem schwedischen Vorsitz unsere Anerkennung dafür aus, dass er den Internationalen Frauentag auf die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung gesetzt hat und dem Thema der Gleichstellung der Geschlechter während seines gesamten Vorsitzes Priorität einräumt. Es ist erneut darauf hinzuweisen, dass die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter eine Verpflichtung ist, der alle Teilnehmerstaaten zugestimmt haben.

UN Women hat angekündigt, dass das diesjährige Generalthema des Internationalen Frauentags „Frauen in Führungspositionen“ lautet. Welches Thema wäre besser geeignet für dieses Jahr, liegt doch die Führung der OSZE zum ersten Mal in ihrer 45-jährigen Geschichte in weiblicher Hand: Die Positionen des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs, des Vorsitzenden des Ständigen Rates, des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation und des Direktors des Konfliktverhütungszentrums – sie alle sind mit Frauen besetzt.

Wir unterstützen Konfliktlösung als eine der Prioritäten des schwedischen Vorsitzes. Zehn Jahre ist es her, seit der Beschluss über den Konfliktzyklus verabschiedet wurde. Die Beteiligung von Frauen ist in der Konfliktverhütung, bei Friedensverhandlungen und friedensschaffenden Prozessen in allen Phasen und auf allen Ebenen von entscheidender Bedeutung. Die Forschung hat gezeigt, dass die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen

unverzichtbar für nachhaltigen Frieden und langfristige Lösungen ist. Friedensvereinbarungen sollten auch Bestimmungen über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt enthalten.

Die OSZE hat 2019 ein nützliches Toolkit für die Einbeziehung von Frauen in Friedensprozesse vorgestellt, das konkrete Empfehlungen für eine stärkere direkte und bedeutsame Beteiligung von Frauen an den eigentlichen Verhandlungen gibt. Eine konkrete Möglichkeit zur Stärkung der Rolle von Frauen als Akteurinnen für den Frieden ist die Nutzung von Mediatorinnen-Netzwerken. Wir können uns in der OSZE verstärkt darum bemühen, Frauennetzwerke aus verschiedenen Teilen des OSZE-Raums miteinander zu verknüpfen und die Verbindungen zur Zivilgesellschaft zu stärken.

Ein Vierteljahrhundert nach der vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen und der Verabschiedung der Erklärung und Aktionsplattform von Peking wird das Forum Generation Gleichberechtigung eine Zwischenbilanz über die Fortschritte ziehen. Wir wissen leider, dass die COVID-19-Pandemie Frauen überdurchschnittlich stark getroffen hat. Die Pandemie hat viele Probleme, wie Gewalt gegen Frauen und wirtschaftliche Ungleichheiten noch verschärft. In der OSZE haben wir Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter gemacht, aber es bleibt noch viel mehr zu tun. Wir würdigen das Engagement von Generalsekretärin Helga Schmid, die noch verbleibenden Herausforderungen in allen Durchführungsorganen der OSZE anzugehen. Die Teilnehmerstaaten sollten im gesamten OSZE-Raum ihren Teil dazu beitragen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass unsere Verpflichtungen sichtbare Ergebnisse zeitigen. Wir müssen jeden einzelnen Tag für die Gleichberechtigung kämpfen. Jeder Tag ist ein Frauentag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das MenEngage-Netzwerk schließt sich dieser Erklärung an. Der Erklärung können sich auch weiterhin andere Unterstützer anschließen, die uns sehr willkommen sind. Die endgültige Version der Erklärung wird zu einem späteren Zeitpunkt verteilt.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1305. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1305, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vor vier Monaten, am 9. November, beendete die Unterzeichnung einer trilateralen Erklärung über eine Waffenruhe die Aggression Aserbaidischans unter direkter Beteiligung der Türkei und ausländischer terroristischer Kämpfer gegen Arzach und seine Bevölkerung.

Die trilaterale Erklärung wurde von vielen als eine Chance gesehen, die schwierige, um nicht zu sagen Herkulesaufgabe anzugehen, Frieden und Sicherheit in der Region zu schaffen. Leider zeugt vier Monate später die immer noch ungelöste Frage der armenischen Kriegsgefangenen und anderen Internierten, darunter auch Zivilpersonen, die von Aserbaidischans festgehalten werden, vom Versagen und mangelnden Willen der aserbaidischanschen Behörden, sich nach Treu und Glauben am Friedensprozess zu beteiligen; das stellt einen eindeutigen Verstoß gegen Absatz 8 der trilateralen Erklärung dar, der besagt, dass alle Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen nach Einstellung der Kampfhandlungen unverzüglich freizulassen sind.

Aserbaidischans weigert sich nicht nur, die armenischen Kriegsgefangenen und zivilen Geiseln, unter ihnen auch Frauen, freizulassen, sondern auch, über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz eine vollständige Liste aller von Aserbaidischans festgehaltenen Personen armenischer Herkunft vorzulegen – eine Missachtung der von ihm selbst unterzeichneten Erklärung und des humanitären Völkerrechts. Nach Schätzungen armenischer Menschenrechtsaktivisten geht die Zahl dieser Personen sehr wahrscheinlich in die Hunderte.

In einer Situation, in der der Hass gegen Armenien von staatlicher Seite gefördert und unterstützt wird, sind die armenischen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen in aserbaidischanscher Gefangenschaft einer unmittelbaren und akuten Bedrohung für Leib und Leben ausgesetzt.

Ich möchte daran erinnern, dass Armenien im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus der trilateralen Erklärung vom 9. November die Freilassung aller aserbaidischanschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, die sich in armenischer Hand befinden, unter der Voraussetzung zugesagt hat, dass Aserbaidischans im Gegenzug alle armenischen Kriegsgefangenen und anderen Gefangene auf der Grundlage des Prinzips „alle gegen alle“ freilässt.

Das ist jedoch nicht geschehen, und wir hoffen, dass unsere internationalen Partner von Verallgemeinerungen und Appellen an beide Seiten absehen werden, wenn sie die Frage der Kriegsgefangenen ansprechen oder sich dazu äußern.

Frau Vorsitzende,

wir haben schon früher erklärt, dass wir, um einen Paradigmenwechsel in den Beziehungen im Südkaukasus von der Konfrontation zum Frieden einzuleiten, reale und sichtbare Veränderungen in der außenpolitischen und militärischen Agenda und dem Kurs sowohl von Aserbaidschan als auch seitens der Türkei erkennen können müssen.

Derzeit versuchen die aserbaidischen Behörden, der internationalen Gemeinschaft ihre Selbstdarstellung von Aserbaidschan als einer friedliebenden Nation schmackhaft zu machen. Angesichts der kriegerischen und aggressiven anti-armenischen Rhetorik, die der aserbaidische Präsident in seinen öffentlichen Äußerungen pflegt, sind diese Versuche jedoch nichts weiter als Worthülsen, um die internationale Gemeinschaft in die Irre zu führen und einzulullen, damit sie den Geschichten über den lang ersehnten Frieden und die Stabilität in der Region Glauben schenkt. Wir sind uns bewusst, dass dies Musik in den Ohren einiger geneigter Zuhörer und für andere eine wohlfeile Illusion sein mag. In Wirklichkeit ist jedoch nichts weiter von der Wahrheit entfernt als das Märchen, das von der aserbaidischen Propaganda verbreitet wird, die Armenien und das armenische Volk nach wie vor als kollektiven Feind darstellt und dafür den Hass gegen Armenien als nützliches Werkzeug einsetzt. Als Beleg für diese Einschätzung möchte ich Aussagen zitieren, die der Präsident von Aserbaidschan am 5. März auf einem Kongress der regierenden Partei „Neues Aserbaidschan“ gemacht hat. Ich zitiere im Folgenden daraus: „Die jüngere Generation ist mit ... Hass auf den Feind aufgewachsen, und diese junge Generation hat unser Land von den Invasoren befreit.“ Und weiter: „Wir haben es [Armenien] von regionalen Projekten, von Öl- und Gasprojekten ausgeschlossen, seine Wirtschaft ruiniert... Wir haben Armenien als ein wankelmütiges und instabiles Land ohne Zukunft entlarvt.“

Darüber hinaus machte Präsident Alijew bei dieser Gelegenheit wiederholt territoriale Ansprüche gegen Armenien geltend, insbesondere in Bezug auf die armenische Provinz Sjunik, die er als „historischen Boden Aserbaidschans“ bezeichnete und zusicherte, Armenien zu zwingen, einen sogenannten „Korridor“ nach Nachitschewan zu öffnen.

Unsere Lesart der Situation wird durch die in immer kürzeren Abständen stattfindenden Militärübungen Aserbaidschans, auch gemeinsam mit der Türkei, weiter bestätigt. Eine weitere nicht angekündigte Übung, die dritte seit dem Ende der Kampfhandlungen, soll vom 15. bis 18. März 2021 stattfinden.

Heute gleichen die Erklärungen und – wichtiger noch – die Handlungen der aserbaidischen und türkischen Machthaber ihren Erklärungen und Handlungen unmittelbar vor dem Angriffskrieg gegen Arzach und dessen Bevölkerung im September. Wir sehen darin eine direkte Bedrohung für Armenien und möchten den Ständigen Rat auf diese Frühwarnsignale aufmerksam machen, die darauf hindeuten, dass Aserbaidschan und die Türkei möglicherweise beabsichtigen, die militärische Aggression gegen Armenien und Arzach wieder aufzunehmen. Wenn die OSZE ihre Glaubwürdigkeit und ihr Ansehen als Sicherheitsorganisation und regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen nicht einbüßen will, dann darf sie sich – wie wir meinen – nicht davor

scheuen, auf derartige Signale zu reagieren. Die OSZE und ihre Institutionen, Durchführungsorgane und Mechanismen, die ein konfliktbezogenes Mandat haben, dürfen nicht länger tatenlos zusehen, sondern müssen beginnen, die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.

Frau Vorsitzende,

die Aggression Aserbaidischans gegen Arzach und seine Bevölkerung im September ging mit der Verlegung ausländischer terroristischer Kämpfer in den geografischen Zuständigkeitsbereich der OSZE einher. Regierungen und Strafverfolgungsbehörden mehrerer Länder bestätigen die Anwerbung und Verlegung ausländischer terroristischer Kämpfer durch die Türkei, über die internationale Medien und unabhängige Beobachter vor Ort immer wieder ausführlich berichten und das auch dokumentieren. Das bestätigten auch die Aussagen der von den Verteidigungskräften von Arzach gefangen genommenen Terroristen. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über den Einsatz von Söldnern verweist auf „weit verbreitete Berichte, wonach die Regierung von Aserbaidischan mit Unterstützung der Türkei syrische Kämpfer einsetzte, um ihre militärischen Operationen in der Konfliktzone Bergkarabach, auch an der Front, zu verstärken und aufrechtzuerhalten“.

Wir haben dieses Thema sowohl während als auch nach dem Krieg mehrmals zur Sprache gebracht und den Ständigen Rat über die Einzelheiten dieses groß angelegten Rekrutierungsprogramms informiert, im Zuge dessen bis zu 4 000 ausländische terroristische Kämpfer und Dschihadisten in die Konfliktzone gebracht wurden. Wir haben die Teilnehmerstaaten auch auf Berichte über Pläne Aserbaidischans und der Türkei aufmerksam gemacht, die Familien ausländischer terroristischer Kämpfer in den Gebieten von Arzach anzusiedeln, die derzeit von Aserbaidischan besetzt sind.

Diese sehr reale und unmittelbare Gefahr der Ausbreitung des Terrorismus im OSZE-Raum hätte Maßnahmen der einschlägigen OSZE-Mechanismen auslösen müssen, zumindest in Form von Ad-hoc-Berichten oder Lagebeurteilungen. Das ist leider unterblieben. Ich möchte in aller Deutlichkeit anmerken, dass die Relevanz dieser Organisation und ihrer Durchführungsorgane weitgehend von ihrer Fähigkeit, Bereitschaft und ihrem Willen abhängt, ihren Mandaten nachzukommen.

Wir glauben, dass die Bedrohung durch diese nicht erfassten ausländischen terroristischen Kämpfer noch immer vorhanden ist, und wir fordern die Teilnehmerstaaten auf, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Ausbreitung des Terrorismus Einhalt zu gebieten und diese Kriminellen und ihre Drahtzieher zur Verantwortung zu ziehen.

Frau Vorsitzende,

lassen Sie mich noch einmal auf das Thema der Zerstörung des armenischen kulturellen und religiösen Erbes durch die aserbaidisch-anischen Besatzungstruppen zurückkommen, die in den Gebieten, die derzeit von Aserbaidischan kontrolliert werden, unvermindert weitergeht. Neben armenischen Kirchen, Gotteshäusern und Friedhöfen werden nun sogar Denkmäler für die Helden des Großen Vaterländischen Krieges zerstört. Und das sind keine Einzelfälle, denn sie wiederholen sich mit großer Regelmäßigkeit.

So wurde kürzlich in Schuschi, das derzeit von Aserbaidshan besetzt ist, ein Denkmal für einen zweifachen Helden der Sowjetunion, den Jagdflieger und Verteidiger Leningrads, Nelson Stepanjan, gesprengt. Vor ein paar Tagen wurde ebenfalls in Schuschi ein Denkmal für Iwan Tewosjan, einen sowjetischen Minister, zerstört. Es ist erwähnenswert, dass Iwan Tewosjan einer derjenigen war, die die Verlegung der Militärfabriken hinter den Ural organisierten und während des Krieges für die Stahlversorgung der gesamten Verteidigungsindustrie der Sowjetunion verantwortlich waren. Zerstört wurden auch die Denkmäler, die an Marschall Baghramjan, Marschall Babadjajan, General Sardarow, Admiral Isakow und Luftmarschall Chanferjanz (Chudjakow) erinnern, die alle eine wichtige Rolle beim Sieg über den Nationalsozialismus gespielt haben.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Tatsache, dass der Hohe Vertreter/Vizepräsident der Europäischen Union, Josep Borrell, in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage im Namen der Europäischen Kommission die Zerstörung religiöser und historischer Denkmäler in Bergkarabach bedauert hat, insbesondere die Schäden, die der Ghasantschezoz-Kathedrale in Schuschi durch die aserbaidshanischen Streitkräfte zugefügt wurden, und die Bedeutung der Erhaltung und Wiederherstellung des kulturellen und religiösen Erbes unterstrichen hat. Die Europäische Kommission begrüßte auch die von der UNESCO angeregte Mission in die Regionen von Arzach, deren Zugang zur Region weiterhin von Aserbaidshan blockiert wird.

Frau Vorsitzende,

die humanitäre Lage, in der sich die Menschen in Arzach infolge der aserbaidshanischen Aggression befinden, ist katastrophal und man muss sich dringend damit auseinandersetzen. Die dringlichste humanitäre Frage, die sofort und ohne jede Vorbedingung gelöst werden muss, ist jedoch die der Freilassung und Rückkehr aller Kriegsgefangenen und zivilen Gefangenen, die von Aserbaidshan festgehalten werden. Erst nach ihrer Freilassung, kann man über die Umsetzung der humanitären Aspekte der Erklärung vom 9. November sprechen.

Frau Vorsitzende,

die derzeitige Lage in Bergkarabach ist das Ergebnis einer eklatanten Verletzung mehrerer Kernprinzipien der Schlussakte von Helsinki, nämlich der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass das Ergebnis der Anwendung von Gewalt, die mit Kriegsverbrechen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts einhergeht, jemals zur Grundlage eines auf dauerhaften und nachhaltigen Frieden ausgerichteten Verhandlungsprozesses werden kann. Dauerhafter und nachhaltiger Friede in der Region kann nur durch eine umfassende Lösung des Bergkarabach-Konflikts erreicht werden, was die Festlegung des Status von Arzach ausgehend von der Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung, die Gewährleistung der Rückkehr der in jüngster Zeit vertriebenen Bevölkerung an ihre Heimstätten in Sicherheit und Würde und die Erhaltung des kulturellen und religiösen Erbes der Region einschließen muss.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beizufügen. Danke.

1305. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1305, Punkt 3 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

die Delegation Aserbaidshans dankt der Delegation der Russischen Föderation dafür, dass sie die aktuelle Frage der Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit als Reaktion auf die Ausbreitung von COVID-19 zur Sprache gebracht hat – ein Thema, das für die OSZE-Teilnehmerstaaten nach wie vor relevant und wichtig ist.

Gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie sind dringend erforderlich – ist sie doch nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die Welt. Es gibt kaum einen Bereich, der nicht von der COVID-19-Pandemie betroffen ist, doch handelt es sich dabei in erster Linie um eine Krise der öffentlichen Gesundheit, die alle Teilnehmerstaaten betrifft.

Die Regierung Aserbaidshans hat auf nationaler Ebene zügig Maßnahmen ergriffen, die den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Menschen zum Schwerpunkt haben, unter anderem durch dringende und notwendige Präventivmaßnahmen. Dabei ist hervorzuheben, dass alle Maßnahmen, die von der Regierung Aserbaidshans gegen COVID-19 ergriffen wurden, sorgfältig durchdacht, flexibel und der sich entwickelnden Lage angemessen sind. Aserbaidshan wollte in diesem Prozess nicht von der Umsetzung seiner Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsinstrumenten abrücken und verfolgt weiter seine Reformagenda.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat erklärt, dass „nur durch Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der internationalen Gemeinschaft das Coronavirus eingedämmt und diese Pandemie besiegt werden kann“. Im Zeichen des Multilateralismus gehörte Aserbaidshan zu den ersten Ländern, die sich den internationalen Bemühungen zur Eindämmung von COVID-19 anschlossen haben, wofür es unter anderem der Weltgesundheitsorganisation freiwillige Beiträge in Höhe von 10 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellte. Aserbaidshan hat außerdem mehr als 30 Ländern humanitäre und finanzielle Hilfe geleistet.

Aserbaidshan hat – sowohl als Land als auch in seiner Funktion als Vorsitzland der Bewegung der blockfreien Staaten (NAM) und der Organisation des Türkischen Rates – in

Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie mehrere internationale hochrangige Treffen angestoßen, wie z. B. das Gipfeltreffen der Kontaktgruppe der Bewegung der blockfreien Staaten und das außerordentliche Gipfeltreffen des Türkischen Rates zum Thema „Solidarität und Zusammenarbeit im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie“, die am 4. Mai 2020 beziehungsweise am 10. April 2020 stattgefunden haben. Außerdem hat Aserbaidtschan eine Initiative zur Einberufung der Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Reaktion auf COVID-19 eingebracht. Diese wurde von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterstützt und die Tagung fand am 3. und 4. Dezember 2020 statt. Bei diesen Treffen auf hoher Ebene tauschten sich die Staats- und Regierungschefs darüber aus, wie die internationale Gemeinschaft wirksam zum weltweiten Kampf gegen die COVID-19-Pandemie beitragen kann.

Aserbaidtschan misst der Frage der Impfung und Verteilung des Impfstoffs gegen COVID-19 allergrößte Bedeutung bei. Während die Welt eine zunehmende Diversifizierung der Impfstoffe gegen COVID-19 erlebt, verhindert die ungleiche Verteilung dieser Impfstoffe zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, dass die gesamte internationale Gemeinschaft es nicht schafft, die Pandemie so schnell wie möglich auszurotten, woraus eine neue Bedrohung für die regionale und globale Sicherheit entstehen kann. Aserbaidtschan tritt entschieden für einen gerechten und gleichberechtigten Zugang zu erschwinglichen Impfstoffen und eine ebensolche Verfügbarkeit und Verteilung der Impfstoffe auf Entwicklungs- und Industrieländer ein. Daher unterstützen wir die dafür eingerichtete COVAX-Fazilität und die *COVAX AMC Engagement Group* (COVAX-Gruppe für Abnahmegarantien für Impfstoffe) zur Sicherung von Dosen für 92 Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen, als den wichtigsten multilateralen Mechanismus, um einen fairen Zugang und eine gerechte globale Verteilung von Impfstoffen gegen COVID-19 zeitnah zu gewährleisten.

Eine erfolgreiche globale Reaktion auf die Pandemie muss auf konkrete Maßnahmen abstellen, die den universellen Zugang zu wirksamen Medikamenten, Diagnostika und Impfstoffen gegen COVID-19 sicherstellen. Die Entwicklung und der Einsatz von Gesundheitstechnologien, die zur Bekämpfung von COVID-19 benötigt werden, müssen weiterhin gefördert werden.

Wir bedauern, dass die Teilnehmerstaaten auf dem Ministerratstreffen in Tirana keinen Konsens über die Ministererklärung zu COVID-19 erzielen konnten, die unseren Bemühungen im Kampf gegen diese gemeinsame Herausforderung einen wichtigen Impuls hätte geben können. Aserbaidtschan begrüßte und unterstützte die Erklärung des albanischen OSZE-Vorsitzes zu COVID-19, die von 56 Teilnehmerstaaten getragen wurde. Im Zusammenhang damit fordern wir den schwedischen OSZE-Vorsitz auf, die Erörterungen über eventuelle Ergebnisse im Hinblick auf das in der zweiten Jahreshälfte in Stockholm anberaumte Ministerratstreffen fortzusetzen und dabei die vorhergehenden Diskussionen zu berücksichtigen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.

1305. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1305, Punkt 6 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

vier Monate sind vergangen, seit die Staats- und Regierungschefs von Aserbaidschan, Armenien und Russland am 10. November 2020 die trilaterale Erklärung unterzeichnet haben, die den bewaffneten Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan beendete und die vereinbarten Parameter für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region festlegte. Aus diesem Anlass möchte die Delegation Aserbaidschans den Ständigen Rat über den Stand der Umsetzung der Bestimmungen dieser trilateralen Erklärung unterrichten.

Wir freuen uns, dem Ständigen Rat mitteilen zu können, dass Absatz 1 der Erklärung, der eine vollständige Waffenruhe und die Einstellung aller Kampfhandlungen vorsieht, seit der Unterzeichnung der Erklärung trotz einiger Zwischenfälle weitgehend eingehalten wurde.

Die Absätze 2 und 6, die die Rückgabe der zuvor besetzten Bezirke Ağdam, Kelbadschar und Latschin an Aserbaidschan und den Rückzug der armenischen Streitkräfte aus diesen Bezirken innerhalb eines festgelegten Zeitplans vorsahen, wurden ebenfalls umgesetzt. Das ermöglichte den Beginn der Wiederherstellungs- und Wiederaufbauaktivitäten nach dem Konflikt in diesen und anderen ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans, mit dem Ziel, die Rückkehr der Binnenvertriebenen an ihre Herkunftsorte zu erleichtern. Damit wurde auch der Prozess der Festlegung und Markierung der Staatsgrenze zwischen Aserbaidschan und Armenien eingeleitet.

Parallel zum Abzug der armenischen Streitkräfte wurde in Übereinstimmung mit den Absätzen 3, 4 und 6 der trilateralen Erklärung ein Friedenssicherungskontingent der Russischen Föderation für den Zeitraum von fünf Jahren in die Region Bergkarabach in Aserbaidschan entsandt. Wir erwarten, dass sich alle armenischen Streitkräfte aus den Gebieten Aserbaidschans, in denen die Friedenstruppen stationiert sind, zurückziehen werden.

Am 30. Januar 2021 hat die gemeinsame türkisch-russische Beobachtungsstelle in Übereinstimmung mit Absatz 5 der trilateralen Erklärung ihre Arbeit aufgenommen. Das gemeinsame Zentrum, das sich im aserbaidschanischen Bezirk Ağdam befindet und aus 60 türkischen und 60 russischen Soldatinnen und Soldaten besteht, soll vor allem die

Kontrolle der Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen der trilateralen Erklärung vom 10. November sicherstellen.

Absatz 7 der trilateralen Erklärung wird bereits umgesetzt, da die Binnenvertriebenen und Flüchtlinge in die Region Bergkarabach und die angrenzenden Bezirke Aserbaidshans zurückkehren. Die rechtzeitige und vollständige Umsetzung dieser Bestimmung hängt davon ab, wie die Konfliktnachsorge in den vom Konflikt betroffenen Gebieten Aserbaidshans vorankommt, wozu auch die Räumung dieser Gebiete von Minen und anderen explosiven Kampfmittelrückständen gehört sowie ihre Freigabe für die sichere Rückkehr der Binnenvertriebenen. Im Zusammenhang damit stellt die Weigerung Armeniens, der aserbaidshanischen Seite Karten der Minen zur Verfügung zu stellen, die Armenien in großer Zahl in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidshans verlegt hat, eine große Herausforderung dar, da dadurch der Prozess der Minenräumung und der Wiedernutzbarmachung in diesen Gebieten behindert wird. Wir hoffen, dass die OSZE auf das Ersuchen Aserbaidshans mit zielgerichteter Hilfestellung in allen Bereichen der Minenräumung reagieren wird.

Die humanitären Maßnahmen werden in Übereinstimmung mit Absatz 8 der trilateralen Erklärung durchgeführt, der den Austausch der Kriegsgefangenen und anderen Gefangenen sowie der Leichen der Gefallenen vorsieht. Nach dem Ende des Krieges im Jahr 2020 hat Aserbaidshan mehr als 70 armenische Kriegsgefangene und andere Gefangene freigelassen und der armenischen Seite die Leichen von 1252 gefallenen armenischen Soldaten übergeben. Die Sucheinsätze nach den Gefallenen werden jedoch durch das gravierende Minenproblem behindert, das unter Militärangehörigen und Zivilpersonen beider Seiten sowie unter den an der Suche beteiligten Friedenstruppen Opfer fordert.

Die Umsetzung humanitärer Maßnahmen ist unverzichtbarer Teil der umfassenderen Bemühungen um Vertrauensbildung, Frieden und Förderung der Aussöhnung zwischen den ehemaligen Konfliktparteien. Aserbaidshan hält an der vollständigen Umsetzung der humanitären Maßnahmen fest, wie in der trilateralen Erklärung gefordert. Wir fordern Armenien nachdrücklich auf, es uns gleichzutun und seinen Verpflichtungen nachzukommen, unter anderem durch Herausgabe von Informationen über den Verbleib der sterblichen Überreste aserbaidshanischer Soldaten, die sowohl im Krieg Anfang der 1990er Jahre als auch im Krieg des letzten Jahres ihr Leben gelassen haben, durch die Behandlung aserbaidshanischer Kriegsgefangener im Einklang mit seinen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten sowie den Bestimmungen der Genfer Konventionen, durch die Ermöglichung des ungehinderten Zugangs des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu ihnen und durch die rechtzeitige Bereitstellung von genauen Informationen über sie.

Absatz 9 der trilateralen Erklärung vom 10. November sieht die Wiederherstellung aller Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen in der Region vor. Ergänzend dazu unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der drei Länder am 11. Januar 2021 eine weitere trilaterale Erklärung, durch die die Dreier-Arbeitsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz der stellvertretenden Ministerpräsidenten Aserbaidshans, Russlands und Armeniens eingerichtet und der Rahmen für die Gespräche abgesteckt wurde. Bislang fanden vier Treffen der Arbeitsgruppe statt, die Empfehlungen an die zuständigen Behörden aussprach und die Liste und den Zeitplan der Maßnahmen zur Wiederbelebung der Verkehrsinfrastruktur in der

Region erstellte. Die Verwirklichung dieser Maßnahmen kann ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine langfristige Entwicklung der Region bewirken und dient damit dem übergeordneten Ziel eines dauerhaften Friedens und nachhaltiger Stabilität in der Region.

Die trilaterale Erklärung vom 10. November 2020 gibt klare Leitlinien zur Erreichung von dauerhaftem Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Südkaukasusregion vor und macht diesen Prozess unumkehrbar. Dazu muss sie weiterhin umfassend und ohne Vorbehalte umgesetzt werden, in Weiterführung der Fortschritte der letzten vier Monate. Wir rufen die OSZE-Teilnehmerstaaten erneut dazu auf, die trilaterale Erklärung zu unterstützen und damit ihren Beitrag zur Schaffung von Frieden und Stabilität in unserer Region auf der Grundlage der Prinzipien und Verpflichtungen und des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE zu leisten. Das wird die Bedeutung und das Profil der OSZE in der Region stärken.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.

1305. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1305, Punkt 6 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Danke, Frau Vorsitzende.

Wir danken der aserbaidischen Delegation dafür, dass sie den Ständigen Rat umfassend über den aktuellen Stand der Umsetzung verschiedener Maßnahmen durch Aserbaidschan informiert hat.

Die beiden Erklärungen des Präsidenten von Aserbaidschan, des Ministerpräsidenten von Armenien und des Präsidenten der Russischen Föderation vom 10. November 2020 und 11. Januar 2021 waren wichtige Schritte.

Einer der wichtigen Aspekte der Erklärung vom 10. November ist die Überwachung der Waffenruhe. Am 11. November 2020 unterzeichneten der türkische Verteidigungsminister und sein russischer Amtskollege ein Memorandum über die Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums in Aserbaidschan. Das gemeinsame Zentrum befindet sich in der Nähe des Dorfes Merzili im Bezirk Ağdam und hat am 30. Januar 2021 seine Arbeit aufgenommen. Das gemeinsame Zentrum trägt zur Schaffung und Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Region bei.

Darüber hinaus unterstützt die Türkei auch weiterhin alle Bemühungen der aserbaidischen Streitkräfte zur Räumung der Minen und behelfsmäßigen Sprengmittel in den von der Besatzung befreiten Gebieten. Es wurde Personal des türkischen Landstreitkräftekommandos nach Aserbaidschan entsandt, um Unterstützung bei der Räumung von Minen und behelfsmäßigen Sprengvorrichtungen zu leisten. Diese türkischen Kräfte halten dazu auch Schulungen in Aserbaidschan ab, und zwischen dem 3. und 29. Januar organisierte das Kommando der türkischen Pionierschule und des Ausbildungszentrums eine Schulung für 23 aserbaidische Kräfte in Izmir. Außerdem wurde die erste Lieferung von Minenräummaschinen nach Aserbaidschan geschickt. Diese Fahrzeuge, insgesamt 20, werden bei der Räumung von Siedlungen und Ackerland von Minen und nicht zur Wirkung gelangter Munition eingesetzt.

Wir begrüßen die von Aserbaidschan unternommenen Schritte zur Entwicklung und Verbesserung der Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen. An den Projekten sind türkische Unternehmen aktiv beteiligt. Die Türkei ist bereit, den Wiederaufbau, die Entwicklung und

den Frieden in der Region zu unterstützen. Die Türkei unterstützt den Vorschlag von Präsident Alijew, eine sechs Parteien umfassende regionale Kooperationsplattform zu schaffen. Die Türkei ist überzeugt, dass der Weg zu nachhaltigem Frieden und dauerhafter Stabilität im Südkaukasus über die regionale Eigenverantwortung für regionale Angelegenheiten führt.

Wir schließen uns der Aufforderung Aserbaidschans an die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten an, die beiden trilateralen Erklärungen zu unterstützen.

Frau Vorsitzende,

wir sehen, dass die armenische Delegation nicht davon ablassen will, eine Politik der Desinformation, Verfälschung und Täuschung zu verfolgen. Das ist eine von vorne herein doppelbödiges Politik. Der Hinweis erübrigt sich, dass wir alle Behauptungen zurückweisen, die auch heute im Programm für Hassreden abgespult wurden. Wir bedauern die Fortsetzung des vergifteten Diskurses und der Feindseligkeit hier in der OSZE. Die Vertreter der armenischen Regierung haben keinerlei Zeichen einer Änderung erkennen lassen – auch nicht nach den wesentlichen Entwicklungen seit dem 10. November.

Es bedarf jedoch neuer Ansätze. Es gibt jetzt eine echte Chance für den Frieden. Das ist unser aufrichtiger Appell. Dafür muss die armenische Regierung ihren Kurs ändern. Wie Außenminister Çavuşoğlu kürzlich erklärt hat, ist es Armenien, sind es die Armenier, die am meisten von der Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region profitieren werden. Auf einen positiven Schritt Armeniens wird die Türkei einen ebensolchen folgen lassen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.